

# Schädigen die deutschen Exporte die Weltwirtschaft?

## Teil 3: die verdeckten Aktionen der USA gegen die deutschen Exportüberschüsse

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: Die USA hatten von Anfang an ein Interesse am Euro. Allerdings an einem schwachen Euro! Das war er auch in den ersten Jahren. Jetzt aber holt er an Wert gegenüber dem US-Dollar kontinuierlich auf. Nicht, weil er so stark wäre. Nein, weil der US-Dollar so schwach ist. Das aber gefährdet nicht nur die Vorrangstellung des US-Dollar als Welthandels- und Weltreservewährung, es gefährdet auf lange Sicht auch die Vorherrschaft der amerikanischen Finanzindustrie auf den Weltfinanzmärkten: Dieser Wirtschaftszweig hat in den USA mittlerweile eine vorherrschende Bedeutung erlangt, der auch die US-Politik wesentlich beeinflusst. Mit dem Bedeutungsverlust des Dollar würde die „US-Finanzindustrie“ nämlich ihr Privileg verlieren, weltweit die produktivsten Unternehmen zum Dollar-Vorzugspreis aufkaufen zu können!

Das zu verhindern, war in den letzten Jahren die vornehmste Aufgabe von US-Politik und Diplomatie. Welche verdeckten Wege die USA dabei eingeschlagen haben, scheint der Aufmerksamkeit der Medien und der Politik entgangen zu sein. Absicht oder nicht? Egal! Wir bringen Licht in dieses Dunkel:

Als Griechenland im Herbst 2009 die Zahlungsunfähigkeit drohte, war aus der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise „über Nacht“ auch eine Euro-Krise geworden. Europa – wie Politik und Journaille heute so schön sagen – mußte reagieren. Das ist aber nicht Europa, sondern es sind die Politiker und Parteien, genauer die Staats- und Regierungschefs der EU- und der EWU-Staaten, die das Europa-Logo für sich annektiert haben. Diese hatten die Gefahr erkannt, die ihre Projekte Europa und Euro bedrohte. Auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel am 11.12.2009 schlossen sie zunächst jegliche Hilfszahlungen an Griechenland kategorisch aus, um ihr Projekt zu retten.<sup>1</sup> Im Februar 2010 bekräftigte Kanzlerin Merkel noch einmal ausdrücklich, daß die „No-Bail-Out-Klausel“ nicht ausgehebelt werden dürfe<sup>2</sup>. Doch dann intervenierte US-Präsident Obama, und es kam ganz anders:

Am 01.03.2010 erfuhr die Öffentlichkeit von dem Gespräch des US-Präsidenten mit Kanzlerin Merkel. Es handelte sich um eine Videokonferenz, an der auch der britische Premier Brown teilgenommen hatte. Der Sprecher des US-Präsidenten präziserte das Ergebnis, als er danach sagte, Obama sei jetzt überzeugt, daß die EU „*angemessen und effektiv*“ auf die Krise reagieren werde<sup>3</sup>. Und so kam es auch:

Merkel orakelte danach, daß ein „Euro-Schulden-Fonds die *Ultima Ratio*“ wäre, „*die auch die Insolvenz eines Staates ordnet*“<sup>4</sup>. Zwar war noch immer von Insolvenz die Rede, doch die sollte jetzt ein Europäischer Währungsfonds geordnet durchführen. Aus dem Europäischen Währungsfonds wurde im Mai 2010 ein bilaterales Rettungspaket für Griechenland, dem folgten dann der außerordentliche Rettungsfonds „EFSF“ und endlich der permanente Rettungsfonds „ESM“. **Damit war auch die Insolvenz und ein Ausschei-**

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.2009 Seite 11.

<sup>2</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.2010 Seite 1.

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.03.2010 Seite 1

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.03.2010 Seite 1

**den eines Landes aus dem Euro vom Tisch und zum kompletten Tabu erklärt worden.** Alle Euro-Länder, auch die EU-Kommission und die EZB hatten nur noch ein Ziel: Der Euro mußte gerettet werden. Zwar rottete sich in Deutschland alsbald eine Gilde von Euro-Rettungsgegnern quer durch alle Parteien zusammen, deren Credo in einem Ausschluß der notorisch überschuldeten und nicht wettbewerbsfähigen Euro-Länder gipfelte, doch sie machten alle (auch heute noch) die „Rechnung ohne den Wirt“. Der Wirt heißt USA. Der Hegemon ist an einem schwachen Euro interessiert. Und ein Verbleib der defizitären, dem internationalen Wettbewerb nicht gewachsenen Länder in der EWU garantiert diesen schwachen Euro, zumal die verbliebenen starken Volkswirtschaften – in erster Linie Deutschland – die schwachen Euro-Länder subventionieren müssen.

Das war schon von Anfang an die Erwartung, die man in den USA und in England in den Euro gesetzt hatte. Als Bundestag und Bundesrat am 7. Mai 2010 das erste Rettungspaket für Griechenland „durchgewinkt“ hatten, war dieses Ziel erreicht und die USA konnten sich dem nächsten Projekt zuwenden, das sie für ihre Dollar-Misere verantwortlich machen: Das waren die Exportüberschüsse Deutschlands. Daß die eigentliche Ursache der Dollarschwäche ihre seit Jahrzehnten praktizierte Schuldenfinanzierung des eigenen Staatshaushaltes zum Zweck der weltweiten Ausweitung und Sicherung ihres Hegemonialanspruchs ist, ist ein Tabu, das die politisch mediale Klasse in den US-Vasallen Staaten nicht anzusprechen wagt, ebensowenig wie die zweite Ursache: die Geldmengenvermehrung und Schuldenfinanzierung der USA, mit der sie die selbst verursachte Finanz- und Weltwirtschaftskrise überwinden wollen.

Wie groß die Sorge der USA um die Vorherrschaft des Dollar im Herbst 2010 war, belegt die Warnung des internationalen Bankenverbandes (Institute of International Finance), der einen Absturz des Dollar-Kurses mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft befürchtete<sup>5</sup>. Die USA sahen sich genötigt, aktiv in die Entwicklung einzugreifen: Auf dem Treffen der Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) in Südkorea im Herbst 2010 forderte deshalb US-Finanzminister Timothy Geithner, daß für die Exportüberschußländer eine Obergrenze von 4 Prozent des BIP eingeführt werden soll, deren Einhaltung der IWF halbjährlich zu überprüfen habe<sup>6</sup>. Schützenhilfe leistete dabei der Vorsitzende der US-Zentralbank Ben Bernanke<sup>7</sup>. Er verlangte zur gleichen Zeit in Frankfurt vor einigen hundert geladenen Zentralbankern aus der ganzen Welt, daß China und die anderen Exportüberschußländer ihre Überschüsse reduzieren müßten.

Von China verlangten die USA die Aufwertung des Renminbi schon seit Jahren. Doch diese Forderung ist ein zweiseitiges Schwert, denn auch die Freigabe und die damit verbundene Aufwertung des Renminbi – seit Ende Oktober hat China seine Währung übrigens freigegeben – gefährdet die Leitwährungsfunktion des US-Dollar! Die Medien meldeten denn auch am 03.12.2013<sup>8</sup>, daß der Renminbi den Euro als Welthandels- und Weltreservewährung vom zweiten Rang (nach dem US-Dollar) verdrängt hat.

Doch kommen wir zurück zur Attacke gegen die deutschen Exportüberschüsse. Die USA schickten 2011 wieder ihren Finanzminister Timothy Geithner an die „Front“, das Ge-

---

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.10.2010 Seite 11

<sup>6</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.10.2010 Seite 1.

<sup>7</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.2010 Seite 12.

<sup>8</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/handelsfinanzierung-chinas-waehrung-laeuft-dem-euro-den-rang-ab-12692616.html>.

schäft zu erledigen. Im September 2011 folgte er einer Einladung Polens zu einem Treffen der EU-Finanzminister in Breslau. Polen hatte gerade den EU-Ratsvorsitz, es ist „Nichteuro-Land“ und denkt auch nicht im Traum daran, den Euro zu übernehmen. Die Finanzminister berieten über eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes<sup>9</sup>. Weder Medien noch irgendein Politiker haben jemals die Frage gestellt, was ein **US-Minister** überhaupt auf einem Treffen der **EU-Finanzminister** zu suchen hat! Eigentlich wollten die EU-Minister die Kriterien und Maßnahmen gegen die Defizitländer verschärfen, denn die Haushaltsdefizite hatten ja die Euro-Krise ausgelöst. Doch Geithner hatte ganz anderes im Sinn. Er verlangte, daß die EU künftig auch **makroökonomische Ungleichgewichte sanktionieren müsse**, also die Euro-Länder, die Exportüberschüsse erzielen, bestrafen müsse. Und er setzte diese Forderung durch. Man stelle sich vor, ein EU-Kommissar oder gar ein Deutscher Minister würde den Anspruch erheben, an einer Sitzung der Federal Reserve teilzunehmen und dort die Forderung stellen, daß die US-Notenbank ihre Politik der Zinssenkung und der Staatsschuldenfinanzierung einzustellen habe. Natürlich ist das undenkbar in unserer Zeit. Aber umgekehrt ist das heutzutage offensichtlich so selbstverständlich, daß es niemandem auffallen will!

Nachdem die EU-Finanzminister den neuen Stabilitätspakt gebilligt und auch das EU-Parlament ihm zugestimmt hatte, trat er am 01.01.2012 in Kraft. Darin steht nun auch, daß die EU-Kommission jene Mitgliedsländer bestrafen kann, die Leistungsbilanzüberschüsse von 6 Prozent erzielen<sup>10</sup>.

Damit sind wir wieder in der Gegenwart und bei der Anklage Deutschlands wegen seiner Exportüberschüsse angekommen. Doch die Liste der US-Interventionen wäre unvollständig, wenn wir nicht eine weitere, sehr bedeutende Intervention erwähnten: Sie war so offenkundig, daß sogar die FAZ titelte: „*Der amerikanische Finanzminister nimmt seinen Amtskollegen Schäuble und EZB-Chef Draghi in die Pflicht*“<sup>11</sup>.

Geithner, der US-Reisende in Sachen Euro und EU, war auch im Sommer 2012 wieder in Europa unterwegs. Er besuchte Finanzminister Schäuble in seinem Urlaub auf Sylt und machte danach Mario Draghi seine Aufwartung. Der hatte vier Tage zuvor angekündigt, daß die EZB alles Notwendige tun werde, um den Euro zu erhalten. Er meinte damit den unbegrenzten Aufkauf von Staatsschulden der von Insolvenz bedrohten Euro-Länder. Volkswirtschaftlich ist das zwar eine der EZB ausdrücklich verbotene Staatsfinanzierung, aber juristisch rechtfertigt die Mehrheit des EZB-Rates die Maßnahme als notwendige Sicherstellung der Bankenliquidität in den bedrohten Euro-Ländern. Eines ist sie ganz sicher: Es ist eine inflationäre Geldmengenvermehrung und damit genau die Linie der unbegrenzten Rettungspolitik, die eine Entschuldung auf „amerikanische Art“ ermöglicht. Das ist ja auch der Ausweg aus der Krise, der den Politikern in den überschuldeten Euro-Ländern vorschwebt, weil er die Krisenüberwindung und die gleichzeitige Entschuldung zu Lasten der Gläubiger verspricht. Und Gläubiger sind infolge der Umschuldung mittels der Rettungspakte die übrigen Bürger der Währungsunion. Hauptgläubiger sind die Deutschen!

Kanzlerin Merkel hatte gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande unmittelbar nach dem Tag, an dem Draghi die unbegrenzte Euro-Rettung angekündigte ,

---

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.09.2011 Seite 13.

<sup>10</sup> Siehe „Das neue EU-Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte“ in Mitteilungen des Bundesfinanzministeriums vom 22.12.2011.

<sup>11</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.07.2012 Seite 14.

erklärt, daß auch sie alles tun würden, um den Euro zu retten. Merkel hatte damit indirekt die verbotene Staatsfinanzierung gut geheißten. Die USA und Geithner hatten also das Plazet der Deutschen Kanzlerin für eine Politik erhalten, die sie öffentlich immer abgelehnt und entrüstet zurückgewiesen hatte. Das tut sie der Form nach auch heute noch in der Öffentlichkeit. Die Weichen aber waren im Juli 2012 endgültig gestellt worden. Und das war die Reise des US-Finanzministers allemal wert gewesen. Den Amerikanern war es gelungen, die heimlichen Begehrlichkeiten und den Ärger der Euro-Krisenländer über die Zumutungen der Austeritätspolitik (Sparpolitik) für ihre Zwecke einzuspannen. Es zeigte sich, welche Vorteile es bringt, wenn man über die internen Vorgänge, Meinungen und Begehrlichkeiten der politischen Partner gut informiert ist. Informationen dieser Art liefert ja seit Jahren der US-Geheimdienst NSA, wie wir heute wissen. Am Ende hatte die Deutsche Kanzlerin wieder einmal die Interessen anderer Mächte über die Interessen des Deutschen Volkes gestellt. Es war nicht das erst Mal. Trotzdem ist sie bei den Deutschen noch immer beliebt, denn ihre Wendehals-Politik wird von den Medien getragen.

Daran wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Gerade jetzt, am ersten Mai Wochenende (2014), hat der neue sozialistische Premierminister Frankreichs, Manuel Valls, angekündigt, eine neue Geldpolitik in Europa durchzusetzen.<sup>12</sup> Er sagte, daß „*der Euro zu stark sei und die Reformbemühungen der europäischen Länder*“ bedrohe. Er kündigte an, daß „*Präsident François Hollande nach den Europawahlen am 25. Mai „Initiativen zu einer Neuorientierung der Geldpolitik im Euroraum*“ ergreifen werde, womit er eine Welle der Empörung in Deutschland auslöste. Steffen Seibert, der Regierungssprecher, tönnte: Der Euro-Kurs sei „keine Angelegenheit nationaler Politiken“, sondern „es ist eine Angelegenheit der EZB“<sup>13</sup>. Damit hat er zwar recht, aber er lenkt die Debatte damit vom Kern der Problematik (bewußt?) ab. Denn gerade die EZB hat ja in der Vergangenheit bewiesen, daß auch sie bereit ist, sogar zu der ausdrücklich verbotenen Maßnahme der Staatsfinanzierung zu greifen, wenn es darum geht, den Euro zu retten. Sie rettet ihn und schwächt ihn, ganz im Sinne der US-Politik! Und somit erhält die deutsche Kanzlerin eine neue Möglichkeit, ihre von Jugend auf eingeübte Wendehals-Politik weiter zu betreiben.

Was muß eigentlich noch alles geschehen, damit die Deutschen endlich merken, wie sehr sie von Politik und Medien genasführt werden?

---

<sup>12</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05.2014, Seite 19.

<sup>13</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05.2014, Seite 17.